

Hannes Schneider



# DER WEG AUS DER EURO-KRISE

ABER OHNE NEUE  
STAATSVerschuldung

Kastner

# Inhalt

<b>Entgegnung</b>	3
<b>Die Lösungsmöglichkeiten, die derzeit zur Verfügung stehen</b>	4
„Weiter machen wie bisher“, das heißt weiterhin Länderverschuldungen, die als Länderanleihen im freien Markt der Casino-Banken unterwegs sind	4
Rettungsschirme/größere Rettungsschirme/weitere Rettungsschirme/ andere Rettungsschirme/neue Rettungsschirme, bis wir alle gerettet sind ... oder so ...	4
Kranke Länder werden aus der Eurozone ausscheiden. Idee: „Gebt den Griechen die Drachme zurück!“ oder: „Wir wollen die D-Mark zurück!“	5
Insolvenz/Insolvenzregeln für die EU/Haircut-Regeln und ähnliche Lösungsansätze	6
Ausgabe von Eurobonds (die „beste Lösung“ laut Herrn Sarkozy, die „letzte Lösung“ laut Frau Merkel, die Lösung, die Herr Barroso Euroland aufzwingen will!)	7
<b>Eine neue Lösung: Die „Euro-Länder-Bank“</b>	9
<b>Das Lösungs-Konzept im Detail</b>	13
Die Verpflichtungen, welche die Länder mit der Kontoeröffnung bei der „Euro-Länder-Bank“ eingehen	14
Die Rechte, welche die Länder mit der Kontoeröffnung bei der „Euro-Länder-Bank“ erwerben	18
Anpassungen der Gesetze/Verträge der EU	19
Die Risiken bei der Umsetzung dieses Konzeptes	20
<b>Die Organisation und Führung der „Euro-Länder-Bank“</b>	21
Warum diese Zusammensetzung des Bankrates?	23
<b>Eine verbesserte Variante</b>	25
Der Schuldentilgungsfonds	25
<b>Der Autor</b>	27

# Entgegnung

Es ist Zeit, dass die Euroländer sich nicht nur zum Euro bekennen, sondern verinnerlichen, dass dieser Weg zur gemeinsamen Währung ökonomisch unumkehrbar ist – für sämtliche Mitglieder. Alle bisherigen Rettungsversuche haben die Krise nicht beseitigt, führten in die Rezession. Die internationalen Kapitalmärkte sind mächtiger geworden als die Staaten. Sie plündern die Steuerzahler, weil Politiker das System nicht verstehen. Wissenschaftler halten Doktrinen hoch, ohne die Wirkzusammenhänge der existierenden Kapitalmärkte mit einzubeziehen. Weshalb erklärt niemand, warum ein ESM nicht gehebelt werden kann? Wo sollen Politiker noch Rat finden? So lassen sie sich von denen beeinflussen, die sicher nicht das Wohl eines Landes anstreben. Der Teufelskreis setzt sich fort.

Es ist Zeit, sich von dem Dogma zu verabschieden, dass eine Notenbank keine Staatsanleihen am Markt kaufen darf. Sicher ist die Geldmenge auf ein gesundes Maß zu reduzieren. Aber zur Rettung des Euro braucht es die volle Kraft der EZB. Der Euro gehört ihr. Fakt ist: In einer Rezession kommt keine Inflation. Das Quantitative Easing Japans und dessen Wiederholung in den USA bestätigen dies. Ohne nachhaltige Rettung des Euro wird es aber keinen Aufschwung mehr geben. Das Maß des Versagens ist voll. So bleibt nur der Weg der geordneten Umschuldung, wie es das Modell der „Euro-Länder-Bank“ nachfolgend beschreibt. Die Rettung des Euro und seiner Volkswirtschaften erfordert dieses Umdenken mit anschließender Reduktion der Geldmenge. Es ist keine Alternative zur nachhaltigen Rettung des Euro in Sicht – weder von der Wissenschaft noch von der Politik. Entscheidend für Bedenkensträger: die Schuldenlast der Staaten wird nachhaltig gedeckelt, weil die „Euro-Länder-Bank“ die Neuverschuldung verhindert. Das bewirkt die nachhaltige Stabilisierung des Euro, der damit stärker als der Dollar wird – entgegen allen Wetten und deutschen Bedenkensträgern.

In den ersten zwei Auflagen des Buches von Dr. Hannes Schneider „Die große Sünde – wie Gier und Versagen uns enteignen“ ist diese Publikation bereits enthalten gewesen. Da aber bisher weder eine nennenswerte Diskussion über das Konzept der „Euro-Länder-Bank“ entstanden ist noch die Euro-Rettung durch die Rettungsschirme glückt, soll der Fokus noch deutlicher auf den Vorschlag des Praktikers Dr. Schneider gelegt werden. Der Titel „Die große Sünde“ ist nicht auf den Rettungsweg bezogen, auch wenn deutsche Politiker und selbst Notenbankler ihn gerne auf diese Weise abqualifizieren möchten. Die „Große Sünde“ leistet die Vorarbeit zum Verständnis der Märkte. Sie könnte ebenso als Nachtrag gelesen werden.

Ein Mitarbeiter von Dr. Hannes Schneider

# **Die Lösungsmöglichkeiten, die derzeit zur Verfügung stehen**

**„Weiter machen wie bisher“, das heißt weiterhin Länderverschuldungen,  
die als Länderanleihen im freien Markt der Casino-Banken unterwegs sind**

- Einige der Euro-Länder und deren Anleihen wurden von den Ratingagenturen ins Bodenlose abgewertet, wobei die Mechanismen und die Faktoren, die zu diesen Ratings führen, unklar sind. Die Ergebnisse sind oft frei von Logik.
- Die sinkenden Ratings führen zu Zinserhöhungen, deren Kosten die Euro-Länder oft erst in wirkliche Schwierigkeiten bringen, weil sie das Schuldenkarussell anschieben oder einfach noch schneller antreiben. Wenn bspw. „Moody's“ wie im Fall Italien schreibt, dass sich das Land diese höheren Zinsen leisten kann, muss man sich fragen, warum es dann überhaupt abgewertet wird. Es wird eben gerade deshalb abgewertet, weil es sich diese Kosten noch leisten kann. Krieg ist Krieg und da geht es um Geld.
- Wenn die Staatspapiere im freien Markt kursieren, weiß man nicht, wer die Staatspapiere hält und betroffen ist, wenn ein Land nicht zahlen kann. Das wirkt sich auf die Realwirtschaft negativ aus, denn es schafft zwischen den Banken Misstrauen. Sie leihen sich dann untereinander kein Geld mehr. Die Schlagzeile dazu in der „Cash.ch“ vom 15. September 2011 lautet: „Kreditvergabe unter Banken auf Tiefpunkt: Bei der gegenseitigen Kreditvergabe sind Banken derzeit so zurückhaltend, wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr. Der sogenannte Euribor-OIS-Spread, der als Maß für die Risikoscheu am Interbankmarkt gilt, erreichte am Montag mit 84,6 Basispunkten den höchsten Stand seit März 2009. Hinter dem Anstieg steht die Sorge, dass US-Geldmarktfonds keine Gelder mehr an französische Banken vergeben.“
- **Urteil:** keine Lösung.

**Rettungsschirme/größere Rettungsschirme/weitere Rettungsschirme/  
andere Rettungsschirme/neue Rettungsschirme, bis wir alle gerettet  
sind ... oder so ...**

- In früheren Kapiteln wurde festgestellt, dass die Rettungsschirme die Kernländer Europas, die „Zahler“ der Eurokrisenparty, krank machen und in die Insolvenz treiben.
- Deutschland ist seit der Einführung des Euro bereits Zahler im Sinne der Transferunion, denn die südlichen Länder streichen tiefe Eurozinsen ein, die über die erhöhten Zinsen bei den Krediten für Privathaushalte, für

Klein- und Jungunternehmen und des Mittelstandes u. a. in Deutschland finanziert werden. **Diese Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Deutschen widerspricht dem Lissabon-Vertrag, wird aber seit dem Jahr 1999 praktiziert. Die Rettungsschirme dehnen diesen Transfer bei den Zinsen auch noch auf die Rückzahlung von Schulden aus.**

- Die Rettungsschirme dienen außerdem den „zu rettenden“ Ländern nicht. Es findet kein Schuldenabbau statt. Die auferlegten Sparmaßnahmen ruinieren die Wirtschaft in den Ländern (Beispiel Griechenland). Die EU riskiert soziale Unruhen (Griechenland, Spanien, Portugal), soweit sie nicht schon an der Tagesordnung sind.
- Die Rettungsschirme retten Banken in den reichen Ländern, primär den Geber-Ländern. Es handelt sich hierbei um Banken, die ihr Geld aus Gier, nämlich wegen der hohen Zinsen, erst in solchen Hochrisikoländern angelegt haben. Zins ist der Preis des Risikos. Nun, da ein Verlustrisiko eintritt, für das diese Banker sich den Zins haben zahlen lassen, verlangen sie durch die Rettungsschirme vom Verlustrisiko befreit zu werden. Die Rettungsschirme schaffen somit also erneut eine Wettbewerbsverzerrung. Banken werden gerettet und werden mit jeder Rettung noch dreister. Wie oben verdeutlicht wurde, widersprechen solche Wettbewerbsverzerrungen dem Lissabon-Vertrag. **Sie verhindern auch, dass Banken aus ihrer kranken Entwicklung lernen und geheilt werden.**
- Alle Rettungsschirme, ob alt oder ausgeweitet, sind finanziell sinnlos. Große Länder wie Italien oder Spanien könnten nicht aufgefangen werden. Italien würde, gemessen an den Ländern, die sich bereits unter dem Schirm befinden, 900 Milliarden Euro bekommen, Spanien rund 800 Milliarden. Auch Frankreich ist finanziell angeschlagen. Deutschland sollte nicht versuchen, diese Last alleine zu stemmen. **Deutschland wird zwingend daran scheitern.** Geld, das heute für Rettungsschirme ausgegeben wird, ist der sinnlose Verlust von morgen.
- **Urteil:** Die Schirme bringen der Wirtschaft nichts, verzerren den Wettbewerb und treiben die Kernländer der Eurozone in die Insolvenz. Also sind sie keine Lösung.

**Kranke Länder werden aus der Eurozone ausscheiden. Idee: „Gebt den Griechen die Drachme zurück!“ oder: „Wir wollen die D-Mark zurück!“**

- Das wäre neben den bereits bestehenden ein weiterer Vertragsbruch.
- Hinzu kommt, dass diese populistisch überzeugende Idee ganz einfach nicht funktioniert, wenn man das Geschäftsmodell in den früheren Kapiteln studiert. Will man jeden Euro von Griechen in Europa zwangswei-

# Das Lösungs-Konzept im Detail

Die EZB bleibt die EZB, die sie heute ist, wobei sie ihre nicht vertragskonformen Aktionen beendet, während ihre Kompetenzen wo nötig ausgeweitet werden (siehe unten).

**Neben der EZB** wird eine **eigenständige** Bank geschaffen, die wir hier „Euro-Länder-Bank“ nennen. Sie ist ein rechtlich eigenständiges Konstrukt unter der Schirmherrschaft der EZB.

Die „Euro-Länder-Bank“ verwaltet das Geld der ihr angeschlossenen Euroländer ausschließlich zum Wohl besagter Länder und deren Völker. Es gibt in dieser Bank also unter keinen Umständen nicht-europäische Länder (der Kontinent Europa ist damit gemeint, nicht die EU), und es gibt aus dieser Bank heraus keinen Mittelverwendungszweck außer dem, dass Mittel zum Wohl der Völker in Europa eingesetzt werden. In Ländern, die sich nicht in Europa befinden, werden keine Mittel eingesetzt.

- Jedes angeschlossene Land verfügt über sein eigenes Landeskonto bei dieser „Euro-Länder-Bank“.
- Bisherige von der EZB aufgekaufte Staatsanleihen und Auslagen im Zusammenhang mit den Rettungsschirmen werden von der EZB der „Euro-Länder-Bank“ als Kredit belastet. Diese Belastung bucht die „Euro-Länder-Bank“ dem jeweiligen Landeskonto der betroffenen Länder zu. Die Rettungsschirme und satzungswidrige Käufe von Staatsanleihen durch die EZB verschwinden somit finanziell als Politsünde.
- Sollte erwartungsgemäß eine neue Bankenkrise auftreten, kann die EZB den Banken Euro-Staatsanleihen abkaufen (was sie bisher sowieso tut, nur eben satzungswidrig). Damit werden die Banken flüssig und die Herbst-Krise beherrschbar. **Man muss die „Euro-Länder-Bank“ schnell genug ins Leben rufen und die Satzungen der EZB anpassen, damit dieser Ablauf endlich eine saubere Grundlage bekommt.**
- Die Länder geben Garantien für die Rückzahlungen ihrer Schulden als Guthaben in die „Euro-Länder-Bank“, damit die Bilanz funktioniert. Wenn Länder-Garantien für Rettungsschirme gut sind, sollen sie für diese Bank auch kreditwürdig sein. Andere Guthaben entstehen in den Landeskonten vorerst nicht, denn Zahlungseingänge in diese Konten werden ausschließlich zum Zweck der Amortisation der Schulden des jeweiligen Landes verwendet. Zahlungseingänge gehen also an die EZB als Gläubigerin der „Euro-Länder-Bank“. Dies wird so lange fortgesetzt, bis ein angeschlossenes Land bei der „Euro-Länder-Bank“ keine Schulden mehr hat.

- Die Länder, die sich dieser „Euro-Länder-Bank“ anschließen, tun dies mit dem ausdrücklich erklärten Ziel, ihre Schulden innerhalb von weniger als 7 Jahren auf 60 % oder weniger gemessen am jeweiligen BIP zurückzufahren. Sie verpflichten sich auch definitiv, dass sie dieses Ziel nicht zu Lasten der Armen und Minderbemittelten des jeweiligen Landes umsetzen, damit der soziale Frieden gewahrt bleibt. Ein Paket von Begleitmaßnahmen zur Erreichung dieses Ziels wird als Verpflichtung für alle festgeschrieben.
- Die Länder der „Euro-Länder-Bank“ verpflichten sich, sich gegenseitig fair und konstruktiv beim Abbau der Schulden zu unterstützen. Diese Unterstützung ist als Rat und Tat der starken für die schwachen Länder zu verstehen (und wird auch so festgeschrieben), und **nicht als Transferunion**.
- Ein gesundes Mitgliedsland der „Euro-Länder-Bank“ ist verpflichtet, Solidarität aktiv anzubieten.
- Ein krankes Land muss gesunden, darf also weder totgespart noch durchgefüttert werden. Ein Land mit über 60 % Verschuldung ist verpflichtet, Rat und Hilfe zu verlangen. Wenn ein Land lediglich durch Trägheit in finanzielle Nöte geraten ist, kann es sich auch selbst helfen. Kranke Länder unterwerfen sich nicht den gesunden, denn die gesunden bieten lediglich Rat und Tat an.

### **Die Verpflichtungen, welche die Länder mit der Kontoeröffnung bei der „Euro-Länder-Bank“ eingehen**

- Ein Land, das der „Euro-Länder-Bank“ beitrifft, kann 7 Jahre lang nicht mehr austreten.
- Ein Land, das der „Euro-Länder-Bank“ angeschlossen ist, verschuldet sich ausschließlich bei der „Euro-Länder-Bank“ neu.
- Innerhalb von 2 Jahren muss begonnen werden, die Schulden abzutragen, die durch die EZB bezahlt und im Landeskonto der „Euro-Länder-Bank“ dem jeweiligen Land belastet werden. Die Schulden müssen auch tatsächlich abgetragen werden. Die Länder verpflichten sich natürlich auch, die (günstigen) Schuldzinsen für diese Schulden immer und rechtzeitig an die EZB zu bezahlen. Nur das jeweilige Land als Kontoinhaber haftet für seine Schulden.
- Ein krankes Land verpflichtet sich, innerhalb von 3 Monaten nach dem Beitritt zur „Euro-Länder-Bank“ ein gesundes europäisches Partnerland zu suchen und mit ihm zu kooperieren. Als kranke Länder gelten alle Länder mit über 60 % Landesverschuldung gemessen am Landes- BIP. Spanien ist als gesund zu werten.

Im verlagshaus kastner erschien vom gleichen Autor bisher:



ISBN-Nr. 978-3-941951-40-2 | Preis: 14.90 €

Eine umfassende, kritische Analyse der  
Finanzwirtschaft der letzten 100 Jahre.  
Aus der Praxis für die Praxis

Kastner



9 783941 951587  
ISBN-Nr. 978-3-941951-58-7 | Preis: 5.00 €